



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-xxxx
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: xxxxxxxxxxxxxxxx
E-mail: xxxxxxxxxxxxxxxx@wiesbaden.de

Wiesbaden, 28.01.2015

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 03. Februar 2015, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1.

Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 9.12.2014 und 18.12.2014

2. **15-F-33-0003**

Sauberes Stadtmobiliar

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 30.12.2014 -

Im Bereich der öffentlichen städtischen Räume wurden zuletzt zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um das saubere Stadtbild Wiesbadens weiterhin zu verbessern. Neben Straßen, Gehwegen und öffentlichen Plätzen gehört allerdings auch die Pflege der Straßen-/ Verkehrsausstattungen und des städtischen Mobiliars zu einer sauberen Stadt.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

dafür Sorge zu tragen, dass Verunreinigungen wie Beschmutzungen, Beklebungen und Bemalungen und Verunstaltungen von städtischen Verkehrszeichen, Straßenbeleuchtungs-einrichtungen und Wegweisern (z.B. Fußgängerleitsysteme, Hinweisschilder), sowie von Stadtmöblierungen (z.B. Abfallbehälter, Sitzgelegenheiten, Fahrradabstellanlagen etc.) zeitnah beseitigt werden.

3. 14-F-03-0128

Umweltfreundliches Mobilitätskonzept für den Konzern Stadt

- Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 18.12.2014 -

Zum Klimaschutz in der Stadt Wiesbaden gehört zwingend eine klimafreundliche Mobilität.

Hierzu wiederum gehören umfassende Fuß- und Radwegekonzepte und ein leistungsfähiger attraktiver ÖPNV, aber auch betriebliche Mobilitätskonzepte inklusive eines modernen Fuhrparkmanagements.

Die Stadt Wiesbaden, einschließlich der dazugehörigen Gesellschaften, hat hierbei aufgrund ihrer politischen Bedeutung, aber auch wegen der reinen Größe eine Vorbildfunktion. Dies wurde auch beim 2. Bürgerworkshop Mobilität im Rahmen der Erarbeitung des Klimaschutzkonzepts der Stadt Wiesbaden am 18.11.2014 so festgestellt.

Bereits heute trägt sie dem zum Teil dadurch Rechnung, dass städtische Beschäftigte ein Job-Ticket erhalten und Diensträder zur Verfügung stehen. Es gibt allerdings noch viele weitere Möglichkeiten wie der Konzern Stadt dafür Sorge tragen kann, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich klimafreundlicher fortbewegen und das Verkehrsaufkommen insgesamt reduziert wird.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

ein umfassendes Konzept zur umweltfreundlichen Mobilität für den Konzern Stadt (Stadtverwaltung, Eigenbetriebe, Gesellschaften mit städtischer Mehrheitsbeteiligung) zu erarbeiten. Dieses Konzept sollte u.a. folgende Bausteine enthalten:

1. Analyse der Ist-Situation / Erhebung von Daten, z.B.:
2. Anzahl der Beschäftigten (Stadtverwaltung, Eigenbetriebe, Gesellschaften mit städtischer Mehrheitsbeteiligung in Vollzeit / Teilzeit / Homeoffice)
3. Quell- / Zielanalyse (Wohnorte der Beschäftigten)
4. Verkehrsmittelwahl (Wie kommen die Arbeitnehmer/innen zur Arbeit)
5. Inanspruchnahme und Bereitstellung des Jobtickets (Wie wird das Jobticket angenommen, in welchen Gesellschaften mit städtischer Beteiligung wird ein Jobticket angeboten)
6. Komplette Bestandsaufnahme der Dienstwagen- und Nutzfahrzeugflotte, Gesamtkostenerhebung inkl. Spritkosten, Auslastung, Nutzungshäufigkeit, Kilometergelderstattungen privater PKW für Dienstfahrten, Feststellung des tatsächlichen Mobilitätsbedarfs und Berechnung des jährlichen CO₂-Ausstoßes
7. Motivation für Beschäftigte, auf den Umweltverbund umzusteigen, z.B.:
 8. Förderung des Radfahrens:
 9. Verbesserung der Abstellmöglichkeiten (Überdachung, ausreichend Plätze, „Käfig“)
 10. Duschen und Umziehräume für radfahrende Arbeitnehmer/innen
11. Aufrüsten der Dienstradflotte, z.B. mit E-Bikes und robusten, bequemen, leichtgängigen und bergtauglichen (z.B. stufenlose Gangschaltung) Rädern
12. Gewährleistung der permanenten Betriebsbereitschaft durch beständige Wartung der Räder

13. Beteiligung an „Jobrad“ (Leasingsystem), sobald mit TvÖD vereinbar
14. Sicherstellen der Verfügbarkeit der Diensträder an den wichtigsten Orten (Rathaus, G.-Stresemann-Ring, ...)
15. Vorbild: Führungskräfte fahren Rad
16. Anreize für Radfahrer/innen, z.B. Fahrradkarte (Gewinnspiel für Radfahrer/innen, vgl. Fa. Kärcher)
17. Beteiligungen an Aktionen in Zusammenarbeit mit ADFC, Klimabündnis und Krankenkassen, z.B. „Mit dem Rad zur Arbeit“, „Stadtradeln“ etc.
18. Service, z.B. Radzubehör, Luftpumpe, etc.

19. Förderung von umweltfreundlicherem MIV (motorisierter Individualverkehr)
Für Bedienstete, die keine Möglichkeit haben auf den ÖPNV oder das Rad umzusteigen:
 - Mobilitätsbörse für die Beschäftigten
 - Wo möglich bevorzugte Parkmöglichkeiten für Fahrgemeinschaften und E-Autos
 - Förderung der E-Mobilität durch Ladestationen (z.B. an Straßenmasten) in Zusammenarbeit mit dem Bestandsprogramm bei ESWE Versorgung
 - Durchführung von Kursen zum Spritsparen und defensiverem Fahren

20. Job-Ticket für alle städtischen Gesellschaften, sofern noch nicht gegeben

21. Umweltfreundliche Ausrichtung der dienstlich bedingten Mobilität, z.B.:
22. Implementierung eines Fuhrparkmanagements mit folgenden Aufgaben:
 23. Aufbau eines Fahrzeug- und Fahrradpools zur Optimierung der Auslastung
 24. Implementierung von Car-Sharing
25. Prüfen von Kooperationsmöglichkeiten mit anderen großem Arbeitgebern, bzw. Nutzungsgruppen
26. Beschaffung von umweltfreundlichen, emissionsarmen Dienst- und Nutzfahrzeugen, hierbei ist wegen der Öffentlichkeitswirkung besonderes Augenmerk auf die Auswahl der Fahrzeuge von Dezernent/innen und Geschäftsführer/innen zu legen (gutes Beispiel Opel Ampera von Stadträtin Möricke mit CO₂-Ausstoß von 33 g/km gegenüber Audi A6 Avant 3.0 TDI von Stadtrat Dr. Franz mit CO₂-Ausstoß von 156 g/km)
27. Reiserichtlinien (Bevorzugung des jeweils umweltfreundlicheren Verkehrsmittels)

ANLAGE

4. 15-F-08-0005

„Wiesbadener bauen ihr Stadtmuseum im alten Gerichtsgebäude“

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 21.1.2015 -

Angesichts des Scheiterns der Absicht der Rathausmehrheit, mit einem PPP-Modell das Stadtmuseum auf dem Grundstück Wilhelmstraße 1 errichten und betreiben zu lassen, trafen sich auf Einladung des Fördervereins Stadtmuseum e. V. am 19. Dezember 2014 Bürgerinnen und Bürger, die sich für ein Stadtmuseum der Landeshauptstadt Wiesbaden engagieren. Sie forderten „die Installation des Stadtmuseums im seit 5 Jahren leerstehenden, alten

Gerichtsgebäude und erwarten, dass alle Kräfte jetzt darauf konzentriert werden.“ Sie erklärten: „Das historische Gebäude eignet sich am besten für die Präsentation der Stadtgeschichte.“ Sie unterstützen damit die Auffassung, die bereits vom zuständigen Ortsbeirat Mitte in einem Beschluss gefasst wurde, der auch in der Stadtverordnetenversammlung Unterstützung, dort aber bislang keine Mehrheit fand.

Da die im Kulturamt fachlich zuständigen und kompetenten Personen diese Forderung des Fördervereins unterstützen, kann nicht mehr ernsthaft bezweifelt werden, dass das alte Gerichtsgebäude als Gebäude für das gewünschte Stadtmuseum in Frage kommt. Die für die „Entwicklung des ehemaligen Gerichtsviertels“ vorgesehenen städtischen und Landesmittel könnten für ein Stadtmuseum und für das von der Belebung des denkmalgeschützten Gerichtsgebäudes abhängige angrenzende Areal sehr sinnvoll eingesetzt werden. Der nun über fünf Jahre dauernde, für das Quartier und die Stadt schädliche Entwicklungsstillstand in diesem Quartier könnte beendet werden.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

28. Der Magistrat möge umgehend mit dem Land Hessen Gespräche aufnehmen, um eine Unterbringung des Stadtmuseums im denkmalgeschützten Gebäude des alten Gerichts zu ermöglichen.
29. Der Magistrat möge den Stadtverordneten zügig entsprechende Planungen vorlegen, die eine sachgerechte Beteiligung der Bürgerschaft und eine fundierte Entscheidung der von ihnen gewählten Mandatsträger/innen ermöglichen.

5. 15-F-05-0001

Verkehrsmessungen Delkenheim

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 19.1.2015 -

Dem Wiesbadener Kurier vom 16. Januar 2015 ließ sich entnehmen, dass das Dezernat IV Mittel für Verkehrserhebungen in Delkenheim bereitstellt. Bereits mehrfach wurde vom

Ortsbeirat Delkenheim auf die Problematik des Ausweichverkehrs in Delkenheim hingewiesen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

30. ob die Verkehrserhebungen nur im Delkenheimer Ortskern oder auch an der L3028 durchgeführt werden sollen.
31. wann diese Erhebungen durchgeführt werden sollen.
32. welche Ziele der Magistrat mit den Erhebungen verfolgt.
- 33.

6.

Sachstand Kureck

6.1 15-F-03-0016

Sachstand Kureck

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.1.2015 -

Laut Presseberichten werden Investor und Magistrat im Ausschuss zum neuen Sachstand Kureck berichten.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

34. bei seinem Bericht zum Sachstand Kureck insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

35. Wie viele Beschäftigte des Sozialministeriums werden in welches Gebäude am Kureck einziehen? Wie groß ist hierfür der Gesamtbedarf an Büroflächen?

36. Sind für den Umzug Um- / An- oder Neubauten erforderlich? Falls ja, welche werden das sein?

37. Wie viele Stellplätze für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zwingend erforderlich?

38. Beabsichtigt der Magistrat, mit dem Sozialministerium über ein Angebot von Jobtickets zu verhandeln, um den Bedarf an Stellplätzen zu verringern? Auf wie viele Mitarbeiter/innenstellplätze könnte zugunsten von Jobtickets verzichtet werden?

39. Ist eine Kooperation mit dem Parkhaus Bowling Green für den Nachweis der Stellplätze angedacht?

40. zu berichten, ob durch das Feuer Mitte Januar 2015 in der Sonnenberger Straße 2 der Zeitplan geändert werden muss.

41. dafür Sorge zu tragen, dass der Eigentümer die Immobilien auch tagsüber bewacht.

7. 14-V-61-0041

DL 03/15-4, 02/15-5

Bebauungsplan " Rudolf-Dietz-Straße / Hermann-Hesse-Straße " im Ortsbezirk Naurod -
Satzungsbeschluss -

8. 14-V-61-0043

DL 03/15-5, 02/15-6

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Seniorenwohnen an der Erlenstraße" im Ortsbezirk Breckenheim
- Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss -

9. 15-F-03-0015

Jobticket HZD

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.1.2015 -

Wenn wir den Klimawandel und die Verkehrswende ernst nehmen, dann muss an allen Stellschrauben gedreht werden. Eine wichtige Stellschraube ist der motorisierte Individualverkehr. Weniger Autoverkehr in der Innenstadt bringt außerdem einen Zuwachs an Lebensqualität für die Bewohner/innen.

Betriebe und Institute mit guter ÖPNV-Anbindung sollten deshalb auf Mitarbeiter/innen-Stellplätze zugunsten von Jobtickets für die Angestellten verzichten. Die öffentlichen Arbeitgeber sollten hierbei eine Vorbildfunktion einnehmen. Dies gilt insbesondere auch für hessische Landesbetriebe.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

mit dem Land Hessen in Kontakt zu treten mit dem Ziel, für alle hessischen Landesbetriebe in Wiesbaden Jobtickets statt Mitarbeiter/innen-Stellplätze zur Verfügung zu stellen.

Insbesondere sollen aus aktuellem Anlass,

42. die Jobtickets für die HZD-Mitarbeiter/innen erhalten bleiben.

43. nach dem Umzug des Sozialministeriums ans Kureck den Mitarbeiter/innen Jobtickets zur Verfügung gestellt werden, statt eine neue Tiefgarage zu errichten. Falls dennoch einige Stellplätze benötigt werden, sind diese in der Tiefgarage am Bowling Green nachzuweisen.

10. 15-F-03-0017

Auf Mauritius-Mediathek hinweisen

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.1.2015 -

Die neue Mediathek in der Hochstättenstraße wird von den Wiesbadener/innen sehr gut angenommen. Allerdings liegt sie ziemlich versteckt und die Besucherzahl könnte möglicherweise noch höher sein, wenn man auf den Hauptwegen in der Fußgängerzone auf sie hinweisen würde.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zu prüfen, wie die Passantinnen und Passanten in der Fußgängerzone besser auf die Mauritius-Mediathek hingewiesen werden könnten, beispielsweise durch ein Banner über den Michelsberg auf der Höhe der Hochstättenstraße.

11. 15-F-03-0018

Busausfallmeldung auf der Webseite von ESWE-Verkehr

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.1.2015 -

Auf der Webseite von ESWE-Verkehr finden sich nicht alle Ausfallmeldungen der Busse, wie dies auf der RMV-Seite der Fall ist. Das führt zu Irritationen bei den Kundinnen und Kunden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

Mit ESWE-Verkehr in Kontakt zu treten, damit die Ausfallmeldungen der Busse in Zukunft entweder

44. zuverlässig auf der Webseite von ESWE-Verkehr erscheinen

45. oder die Funktion für die Bus-Ausfallmeldungen auf der ESWE-Verkehr Webseite ganz entfernt wird und die Meldungen nur noch auf der RMV-Seite erscheinen.

12. 15-F-03-0020

Wiederkehrende Sicherheitsprüfung von Sonderbauten (Sonderbaukontrollen)

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.1.2015 -

Am 25. März 2014 hat der Ausschuss den Berichts Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Sicherheitsprüfungen an Sonderbauten beschlossen. Ein Bericht liegt bis heute nicht vor.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zu den Sicherheitsprüfungen an Sonderbauten, wie am 25. März 2014 beschlossen, zu berichten.

13. 15-F-03-0019

Grundstücksverkäufe Erbenheim-Süd

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.1.2015 -

Derzeit befindet sich der Bebauungsplan Erbenheim-Süd im Planungsstadium der frühzeitigen Beteiligung. Der städtebauliche Rahmenplan Erbenheim-Süd vom Dezember 2010 forderte unter anderem den weitgehenden Erhalt bestehender Grünverbindungen und beinhaltete eine durchgehende Grünfläche in Ost-West-Richtung mit Anbindung an das zu renaturierende Wäschbachtal.

Laut Presseberichterstattung vom 13.01.2015 wurden die bebaubaren Grundstücke vom Projektentwickler ITM (Immobilien Treuhand Mainz) erworben. Erste Verträge mit Nutzern und Käufern der Grundstücke seien bereits unterschrieben, so für das komplette Sondergebiet Einzelhandel, das nahe des Kreisels am Ende der Berliner Straße vorgesehen ist – also dort, wo der städtebauliche Rahmenplan die Grünachse zum Wäschbachtal vorsah.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

ob durch den Verkauf der Einzelhandelsflächen im Bereich des Bebauungsplans Erbenheim-Süd bereits Vorfestlegungen getroffen wurden, die die Umsetzung einer Grünvernetzung in Richtung Wäschbachtal erschweren oder ggf. unmöglich machen.

14.

Verschiedenes

15.

Tagesordnung

Tagesordnung II

1. 14-V-01-0024

DL 01/15-1

Konversionsgebiete Kastel Housing und Station;
Beauftragung Machbarkeitsstudie (Chancen- und Risikoabschätzung)

2. 14-V-10-0030

DL 03/15-1, 02/15-1

Bürgerhaus Delkenheim - Generalsanierung

3. **14-V-40-0054** **DL 03/15-2, 02/15-3**

Wilhelm-Leuschner-Schule Dachsanierung L-Bau

4. **14-V-41-0019** **DL 68/14-2**

Stand Baumaßnahme Schlachthof Wiesbaden

5. **14-V-61-0046** **DL 68/14-4**

Wohnbauflächenentwicklung - Umsetzung der ermittelten Potenziale

6. **14-V-66-0237** **DL 01/15-5**

Bleichstraße - ÖPNV Verlängerung Busspur/Einrichtung Fußgängerschutzanlage

7. **14-V-80-2322** **DL 03/15-2 NÖ, 02/15-2 NÖ**

Anpassung eines Erbbaurechtsvertrages auf dem Gelände der ehemaligen Stadtgärtnerei in der Gemarkung Bierstadt

8. **14-V-80-2332** **DL 03/15-3 NÖ, 02/15-3 NÖ**

Verkauf des Grundstücks Gemarkung Breckenheim, Flur 31, Flurstück 1/3

9. **14-V-80-2336** **DL 01/15-2 NÖ**

Grundstücksankauf im Abraham-Lincoln-Park

10. **15-V-20-0002** **DL 02/15-8**

Übersicht der durch den Magistrat bis 31.12.2014 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

11. **15-V-63-0001** **DL 04/15-3**

Wiesbaden, Karlsbader Platz 2, 4, 6, 8, 10, 12, 14, und 16, Neubau eines Verbrauchermarktes mit Café, Apotheke, Wohnanlage mit 141 Wohnungen und einer 2-geschossigen unterirdischen Großgarage für 358 Stellplätze

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender